

Kritik an BP im Umgang mit der Katastrophe im Golf von Mexiko:

• BP hat aus Kostengründen die Sicherheit vernachlässigt und damit in Kauf genommen das Ökosystem und die am Golf lebenden Menschen nachhaltig zu schädigen. Im schlimmsten Fall könnte der Meeresboden aufbrechen und der gesamte Inhalt des Ölreservoirs ausströmen.

• Der Golfstrom ist Teil eines weltweiten Systems von Meeresströmungen, die Auswirkungen sind also keinesfalls nur regional beschränkt.

• Aus dem BP Vorstand war zu hören, dass der größte Ölteppich der US-Geschichte nur ein „kleiner Fleck im weiten Ozean“ sei, die Auswirkungen wurden als „sehr, sehr bescheiden“ eingeschätzt. Nur auf Druck wird nun von einer „Umweltkatastrophe“ gesprochen.

• Das Ausmaß der Katastrophe soll vertuscht und verheimlicht werden: Suchwörter von Google und Yahoo wurden aufgekauft, gegen Informationsmedien wurden Klagen erhoben, da sie z.B. Aufnahmen von verklebten Tieren zeigten, an den Stränden steht Sicherheitspersonal, das Journalisten und andere Interessierte abschrecken soll. Vorwürfe wurden laut, dass Öl durch die Chemikalie Corexit an den Stellen unter Wasser gebunden wird, an denen Öffentlichkeit nicht zu vermeiden ist. Die von Wissenschaftlern als umwelt- und gesundheitsgefährdend bezeichnete Chemikalie wurde von der Geschäftsführung als ungiftiges, biologisch abbaubares „Spülmittel“ bezeichnet.

• Während BP Millionen für Imagekampagnen ausgibt, werden die direkt Betroffenen hingehalten und mit möglichst wenig abgespeist. Fischern, die nun notgedrungen Weise für BP arbeiten müssen, wird ihr Lohn von Schadensersatzforderungen abgezogen. Sowohl Lohn als auch Schadensersatz (in Louisiana 5 000 Dollar pro Person) treffen verspätet ein und erhöhen damit die Not und Verzweiflung der Anwohner.

• Von technischer Hilfe bis hin zu Spezialbooten, die von Regierungen und Privatunternehmen angeboten wurden, BP scheint Unterstützung nicht annehmen zu wollen. Von den Freiwilligen, die sich als Helfer haben registrieren lassen, wird gerade mal ein Sechstel eingesetzt, z.T. nur einige Tage im Monat.

• Bis es zu einem Verschluss des Bohrlochs kam, scheiterten diverse Versuche auch daran, dass keine externe Beratung angenommen wurde. BP hat offensichtlich Techniken verwendet, die es nicht beherrscht. Damit ist das Unternehmen nicht alleine, wie der Chef von ExxonMobil vor dem US-Kongress einräumte: „Wenn diese Dinge passieren, sind wir nicht dafür ausgerüstet“. BPs Unfähigkeit und der Handlungsdruck führten zu Aktionen wie die Verbrennung des Ölteppichs, bei der u.a. geschützte Tierarten lebend verbrannt wurden und ArbeiterInnen giftige Stoffe einatmen mussten.

• Berichte über erkrankte ReinigungsarbeiterInnen häuften sich, während BP sich weigerte, Atemschutzmasken auszugeben. Von BP hieß es, die Situation sei unter Kontrolle und alle Messwerte lägen unter den gesetzlichen Höchstgrenzen. Zudem würden die von BP eingestellten Fischer nur dort eingesetzt, wo sie keine Atemschutzmasken benötigten. Fischer-Vereine berichten, dass viele Fischer aus Angst ihre Arbeit zu verlieren über ihre gesundheitlichen Beschwerden nicht öffentlich reden wollen.

• WissenschaftlerInnen rund um den Golf wird angeboten für BP zu arbeiten. Für gutes Geld (bis zu 250 Dollar die Stunde) sollen sie darauf verzichten ihre Forschungsergebnisse in den nächsten 3 Jahren zu veröffentlichen oder mit anderen darüber zu sprechen.

• Laut Unternehmensprechern werde kein Tropfen Öl übrig bleiben. Vergangene Unglücke wie das der „Exxon Valdez“ vor der Küste Alaskas beweisen, dass dies nicht möglich ist und von den Unternehmen auch nicht mehr angestrebt wird, sobald sie aus dem Fokus der Kritik rücken.



Weitere Kritikansätze

BP versucht mit seinem grünen Image Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Regelmäßig plädierte BP dafür, der Staat möge doch bitte auf Gesetze und Vorschriften verzichten und sich stattdessen auf Selbstverpflichtungen der Industrie verlassen – das klingt natürlich umso überzeugender, je umweltbewusster man sich darstellt. In der Realität gewinnt BP in Kanada äußerst umweltschädlich Öl aus Ölsand. In den USA drängte das Unternehmen auf die Aufweichung von Ölförderbeschränkungen in Naturreiservaten und torpedierte strenge Obergrenzen für Treibhausgase. Nach Angaben des Center for Responsive Politics gab BP seit 2005 rund 40 Millionen Dollar für Lobbyaktivitäten in Washington aus.

Auch der EU-Emissionshandel wurde maßgeblich von BP konzipiert - wenig überraschend sah er später großzügige Ausnahmen für Erdölraffinerien vor. Die lobbykritische Organisation Corporate Europe Observatory schreibt in einer Untersuchung über BP: „Das Unternehmen hat mit Absicht an einem System mitgewirkt, das nicht die CO2-Einsparungen erbringt, die nötig wären, und ablenkt von Maßnahmen, die dem Klima wirklich helfen würden“.

Zudem beteiligt sich BP unter anderem an der Förderung von Zuckerrohrmonokulturen in Brasilien, um Ethanol zu gewinnen. Rücksichtslos werden die dort lebenden Menschen verdrängt und ihrer Lebensgrundlage beraubt. Protestierende wurden ermordet, die Natur wird nachhaltig geschädigt.



Daher fordern wir:

- das Ende aller Tiefseebohrungen und sonstigen Energiegewinnungsmethoden, die die ökologische und soziale Umwelt gefährden
- die nicht wegdiskutierbaren Entschädigungszahlungen an alle, die bisher Opfer von Ausbeutung und Vertreibung und/oder ökologischen Katastrophen durch BP und andere Konzerne geworden sind
- die Auflösung aller multinationalen Konzerne zu Gunsten einer dezentralisierten Strom- und Lebensmittelversorgung

Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern notwendig!

GREENPEACE



ROBIN WOOD



Big Pollution - A never ending story?

...it's all about the profit...

Big Pollution

116 2 11.000

Big Pollution – A never ending story?

...it's all about the profit...

Der globale Energiebedarf wird zu etwa 85% durch fossile Energien gedeckt. Die unvorstellbare Menge, die am Golf von Mexiko ausgetreten ist, ist nur ein Bruchteil unseres täglichen Bedarfs. Kein Stoff ist so vielverwendet wie Rohöl und wegen kaum einem anderen Stoff wurde in der jüngeren Weltgeschichte so viel taktiert und Krieg geführt.

Energiegewinnung bleibt für die ökologische und soziale Umwelt gefährlich. Störfälle gibt es immer wieder, allein die 3 000 größten Unternehmen der Welt verursachen laut einer neuen UNO Studie jährlich Umweltschäden in Höhe von 1,7 Billionen Euro. Vergangenes Jahr wurde bekannt, dass die jährlich anfallenden Millionen Tonnen kontaminierter Abfall, die bei der Erdöl- und Erdgasgewinnung entstehen, zum großen Teil ohne Nachweis entsorgt wurden.

Die BRD gewinnt ca. 3% ihres Ölbedarfs selbst, den Rest bezieht sie vor allem aus Russland, Schweden und Großbritannien. Die Angewiesenheit auf Öl führt zur Bereitschaft Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden hinzunehmen, die in NATO und EU Statuten nachlesbare Konsequenz ist aus ökonomischen Gründen Krieg zu führen. Da die Wirtschaft nach den Prinzipien der Gewinnmaximierung funktioniert, wird versucht möglichst kostengünstig Wert zu schöpfen. Menschen werden ausgebeutet, ihren Lebensgrundlagen beraubt und ermordet. Die Sicherheit bei der Förderung, dem Transport und der Verarbeitung bleibt auf der Strecke.

Firmen wie die International Registries Inc. (IRI) helfen Unternehmen (u.a. BP) bei der Umgehung von Steuergeldern und Förderabgaben, Umweltauflagen und arbeitsrechtlichen Regelungen. Die Ölindustrie bestimmt durch ihre Lobbyarbeit Gesetze maßgeblich mit, so z.B. die Energie-Durchführungsverordnung Nr. 13211 der „Energy Task Force“, die nur 1 Woche nach dem Amtsantritt George W. Bushs (Junior) gegründet wurde. Die Umweltschutzorganisation NRDC stellte nach ausführlicher Sichtung der Unterlagen fest, dass große Energiekonzerne den Mitgliedern der Task Force direkt in die Feder diktierten als an einem Plan für Milliardensubventionen für Unternehmen und dem Abbau von Sicherheitsmaßnahmen im Umwelt- und Gesundheitsbereich gearbeitet wurde.

Der Vorfall im Golf von Mexiko reiht sich ein in die lange Geschichte von Tankerunglücken, Bohrinselexplosionen und bekannter gewordenen Katastrophen wie Tschernobyl oder Dow Chemical. Doch der Energiebedarf steigt und die Erdölindustrie ist auf die Tiefseefelder angewiesen, um die sich erschöpfenden Quellen zu kompensieren. Risiko-lose Alternativen im regenerativen Energiesektor gibt es, die Möglichkeiten werden aber bei weitem nicht ausgeschöpft.



Another world is required. Now!

Die expansive Strategie der Industrie kann für die Zukunft nicht wegweisend sein. Moralisch ist sie keineswegs zu legitimieren, wirtschaftlich gesehen ist sie absurd. Die Ressourcen werden durch die Übernutzung knapper, Krieg und Elend werden bei der Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftsform weiter zunehmen.

Wir müssen uns fragen, in was für einer Welt wir leben wollen und nach diesen Vorstellungen unsere Wirtschaft als materiellen Grundbau der Gesellschaft gestalten. So weiter zu machen wie bisher, bedeutet die Schere zwischen arm und reich zu weiten und unsere Lebensgrundlagen irreversibel auszubeuten.

Der Begriff „Krise“ suggeriert, dass wir uns momentan in einem Zustand der Instabilität befinden und man mit geeigneten Maßnahmen wieder in einen Zustand der Stabilität zurückkehren könnte. Ehrlicher wäre es, offen zuzugeben, dass die Funktionsgrenze unserer kulturellen Praxis und unseres Wirtschaftssystems erreicht, wenn nicht schon überschritten ist.

Möglichkeiten, die Gesellschaft anders zu organisieren, gibt es sehr wohl, aber auf Gipfel und Abkommen zu hoffen wird keine Veränderung bringen, das zeigen die vielen gescheiterten Versuche auf internationaler Ebene Problemlösungsstrategien zu erarbeiten. Selbstverpflichtungen von Unternehmen dienen eher dem Image als der Umwelt. Effektiver wäre das Umsetzen von Pilot-Projekten, z.B. eine Stadt ohne Autos. Mit einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetz, das für jeden kostenfrei zugänglich ist, ist eine solche Stadt durchaus vorstellbar und würde eine Schonung der Ressourcen und einen Zugewinn an Lebensqualität bedeuten.

Unsere Prägung ist entscheidend für das, was wir tun und das, was wir für möglich und sinnvoll halten. Daher stimmt der tautologisch erscheinende Satz: „Das Handeln ergibt sich aus der Praxis.“ Wenn wir beginnen etwas zu verändern, wird uns die Veränderung mit der Zeit immer leichter fallen. Und Veränderung bedeutet nicht unbedingt Verzicht, sondern kann auch Spaß machen!

Make the difference, establish alternatives!

Solidarische Ökonomie in Freiburg.

Alternative Wirtschaftsformen, die an ethischen Prinzipien orientiert sind, so z.B. Genossenschaften oder Tauschkreise, erleben eine Renaissance.

In Freiburg haben sich Menschen in der „Gartencoop“ zusammengeschlossen. Die Gartencoop setzt auf qualitativ hochwertige Lebensmittel in lokaler Produktion und einen schonenden Umgang mit Energie und Wasser. Der Verzicht auf chemische Pflanzenschutzmittel und Dünger, sowie die eigene Samenvermehrung sollen zu einer Unabhängigkeit von der Agrarindustrie führen, durch solidarisches Wirtschaften kann der Konkurrenzdruck des Marktes umgangen werden. Angestrebt wird ein sich finanziell selbst tragender, professioneller und biologischer Gemüseanbau, bei dem die Mitglieder nicht nur nach Selbsteinschätzung Beiträge zahlen, sondern auch aktiv (mindestens 5 Tage im Jahr) innerhalb des Projektes mitarbeiten. So können landwirtschaftliche Kenntnisse durch gemeinschaftliches Arbeiten wiederentdeckt werden, die Trennung zwischen „Produzent“ und „Konsument“ wird aufgehoben. Grundstück und Produktionsmittel sind gemeinsamer Besitz der Kooperative, die Ernte wird unter den Mitgliedern verteilt. Eventuelle Gewinne werden in das Projekt reinvestiert und sollen durch die Schaffung eines Solidaritätsfonds Projekte mit ähnlichen politischen Motivationen unterstützen.

Die solidarische Ökonomie ist ein Mittel der Ermächtigung und Demokratisierung von unten, sie schafft Eigenständigkeit gegenüber einem System, dass durch wirtschaftliche Zwänge und eine Entkoppelung von Politik und Alltag das Individuum ohnmächtig erscheinen lässt und Ungerechtigkeiten Tag für Tag aufs neue reproduziert. Gleichzeitig etabliert sich durch Projekte wie die Gartencoop eine Lebensform, die umweltgerechter produziert und auf soziale Werte statt auf Gewinn setzt.

Nur durch den Aufbau grundlegend anderer Strukturen, in deren Zentrum nicht das Prinzip der Profitmaximierung steht, lässt sich eine Welt gestalten, in der der Mensch und seine Umwelt entscheidend werden. An die Stelle der kalten Verwertungslogik sollte eine mitfühlende Vernunft treten, denn der Mensch und seine Umwelt sind mehr wert als ihr Mehrwert!



Fakten und Kritik zu BP (Aral)

Da sowohl Fakten nachzulesen sind und eine umfassende Kritik den Rahmen sprengen würde, hier nur die wichtigsten Punkte:

BP international:

- BP gehört zu den weltweit größten Ölkonzernen. 2009 betrug der Konzernumsatz 239 Milliarden US Dollar. Der Hauptsitz befindet sich in London.
- 80 300 Menschen sind bei BP (BRD: 6 000) beschäftigt, täglich werden an 22 400 Tankstellen (BRD: 2 400 Araltankstellen, marktführend) gut 13 Millionen Kunden bedient.
- BP gehört zu den Unternehmen, die mit viel Geld öffentlichen Zweifel an der Erderwärmung streuten und das Kyoto-Protokoll zu verhindern suchten. 1997 kam die Wende und BP steckte Unsummen an Geld in Imagekampagnen, um sich fortan als „Teil der Lösung“ zu verkaufen. BP hieß nun nicht mehr British Petroleum sondern Beyond Petroleum, das Logo wurde ausgewechselt.
- Um das grüne Image zu fördern wurde 1999 die Fotovoltaikfirma Solarex für 45 Millionen aufgekauft, auch in die Windkraft stieg man ein. De facto werden aber auch heute noch fast 100% mit Erdöl und Erdgas verdient. Zudem hat im vergangenen Jahr BP seine Investitionen in alternative Energien und andere „Nichtkerngeschäfte“ um etwa 30% gesenkt. 2007 stieg BP in den hochgradig umweltschädlichen Ölsandabbau in Kanada ein.

Die bekanntesten Katastrophen:

- 2005 wurden bei einer Explosion in Texas 15 Arbeiter getötet und 180 zum Teil lebensgefährlich verletzt. Laut der zuständigen Aufsichtsbehörde CSB seien daran „organisatorische und sicherheitstechnische Defizite auf allen Ebenen des Unternehmens“ Schuld gewesen. BP ist seit 1998 Besitzer der Raffinerie, bei der es allein zwischen 1974 und 2004 zu 23 Todesfällen kam.
- Im Prudhoe Bay (BP hat einen Anteil von 26%), einem der größten Ölfelder Alaskas, entdeckte man im Frühjahr 2006 ein großes Leck, aus dem ca 1 Million Liter Öl auslief. Die Umweltbehörde kannte seit 2001 die Probleme, auf die Mitarbeiter bereits 2 Jahre zuvor hingewiesen hatten, veröffentlichte sie jedoch auf Druck einiger Konzernmitarbeiter nicht. Grund für das Unglück waren verrostete Rohre.
- Die Explosion der Deepwater Horizon im Golf von Mexiko am 20 April 2010 kostete 11 Menschen das Leben. Die Folgen für Mensch, Tier und Natur sind nicht absehbar. BP versucht erneut zu vertuschen und zu verharmlosen.